

2. Ausweisung von ökologischen Ausgleichsflächen
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen -
Drucksache VII/105

Klaus Süllow (B'90/GRÜNE) stellt den Antrag kurz vor: Er wurde gestellt im Zusammenhang mit dem Neubau KiTa Hainpfad. Grundsätzlich sollen Eingriffe in die Natur nicht durch Ankauf von Ökopunkten ausgeglichen werden sondern durch adäquate Ausgleichsmaßnahmen in der Erzhäuser Gemarkung. Denn wenn das nicht gelänge, würde jedes Bauprojekt hier in Erzhausen die ökologische Bilanz und die Lebensqualität in Erzhausen verschlechtern.

Die Fraktion B'90/GRÜNE kann noch keine geeigneten Flächen benennen, schlägt vor, dass der Gemeindevorstand Flächen identifiziert – am besten nahe der Bebauung (für den Naherholungswert) und perspektivisch ein größeres zusammenhängendes Gebiet, das nach und nach vergrößert wird, um nachfolgende Projekte auch abdecken zu können.

Ideen könnten z.B. Flächen entlang der äußeren Annastraße oder entlang der äußeren Wilhelm-Leuschner-Straße sein.

Wesentliche Aussagen in der nachfolgenden Diskussion:

Flächen müssen ausdrücklich ausgewiesen werden, in Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutz-Behörde, die die Bewertung vornimmt.

Gemäß dem Antrag sollen die Flächen in der Erzhäuser Gemarkung liegen, müssen ggf. angekauft werden.

Ein Eigentümer hat gerade ein Stück Grünland (attraktiver als Ackerflächen) angeboten. Ackerflächen sind im Flächennutzungsplan & Regionalplan Südhessen schwerer umzuwidmen (das RP achtet darauf, dass möglichst keine Ackerflächen aufgegeben werden / verloren gehen.)

Es gibt schon Interessenten für den Kauf des alten KiTa-Grundstücks und der angrenzenden bisherigen Ausgleichsfläche. Der Verkauf könnte u.U. noch im Jahr 2022 in der Politik behandelt werden.

Können auch Photovoltaikflächen aus Ausgleichsflächen dienen?

Höchstwahrscheinlich nicht – die Vegetation ist durch den Schatten stark beeinträchtigt.

Vorschlag: Kombination mit *senkrecht stehenden Solarpanelen*, die zwar nur Morgen- und Abendsonne einfangen, die aber den meisten Strom in besonders wertvollen Tageszeiten produzieren und Vegetation auf derselben Fläche wesentlich weniger einschränken.

Vorschlag: Anlage eines Flächenkatasters.

Gegenrede: Das dauert u.U. zu lange für den Ausgleich der im Antrag konkret benannten Projekte (KiTa-Neubau, Verkauf altes KiTa-Grundstück).

Das Kataster erlaubt längerfristig eine Nutzungsoptimierung der heute teilweise sehr zerstückelten Flächen in der Gemarkung.

Änderungsvorschlag von Anette Gügel, (<GfE>): Unter Punkt 2 den letzten Satz streichen.

Diskussion:

Klaus Süllow für B'90/GRÜNE: Vorschlag wird nicht begrüßt; in der Aufstellung des Bebauungsplanes muss auch der Flächenverbrauch schon kompensiert werden.

Auf Rückfrage wird klargestellt, dass es um das alte KiTa-Hainpfad-Grundstück und die daneben gelegene heutige Ausgleichsfläche geht sowie zusätzlich um die Neubaumaßnahme für die KiTa Hainpfad.

Klaus Süllow kündigt an: Die Grünen werden einem Verkauf der bestehenden Ausgleichsfläche nicht zustimmen, wenn ökologischer Ausgleich nicht in der Erzhäuser Gemarkung geschaffen wird.

Der Sitzungsleiter Achim Schnur (<GfE>) lässt zuerst über den ursprünglichen Antrag abstimmen, weil er der weitergehende ist.

Eine Abstimmung über den Änderungsantrag erübrigt sich anschließend.

Beschluss:

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den vorgelegten Antrag unverändert zu beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine oder ggf. mehrere ökologische Ausgleichsflächen auszuweisen, die in Summe mindestens diese beiden Maßnahmen kompensieren:

- 1.) Neubau Kita Hainpfad neben den Sportanlagen
- 2.) Verkauf und Bebauung der Fläche der bisherigen Kita Hainpfad inklusive der angrenzenden Ausgleichsfläche

Diese Ausgleichsmaßnahme ist zeitlich vor dem in Punkt 2 erwähnten Flächenverkauf durchzuführen.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (B'90/GRÜNE, SPD, CDU), 3 Gegenstimmen (<GfE>),
0 Stimmenthaltungen

3. Antrag der Fraktion <GfE> zur Stellplatzsatzung Drucksache VII/110

Frau Gün (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung,
Herr Schnur stellt für die <GfE> den Antrag vor:

Der Antrag hat das Ziel, Parkplatznot bei Neubauten in Erzhausen energischer zu vermeiden. In Erzhausen haben viele Haushalte mehr als zwei PKWs; dazu kommen noch andere Fahrzeuge, bis hin zu Anhängern und Wohnmobilen. Findige Bauherren nutzen die bisherigen Regeln geschickt aus; z.B. in der Industriestraße 14 für 13 Wohneinheiten nur 20 Stellplätze. Außerdem soll eine Verpflichtung geschaffen werden, dass ein bestimmter Anteil der Stellplätze mit Stromanschlüssen zum Laden von Elektrofahrzeugen ausgerüstet wird. Die Anlehnung an die hessische Garagenordnung soll aufgelöst werden, weil diese Ende dieses Jahres ausläuft.

Wesentliche Inhalte der Diskussion:

Ist die Garagenordnung eine bindende Vorgabe für kommunale Stellplatzsatzungen?
Verdeutlichung seitens Herr Gottsmanns, <GfE>: Die Verordnung des Landes „schlägt“ die kommunale Satzung, welche also lediglich Regelungslücken schließt.
Hinweis von Herr Endres, B'90/GRÜNE: Wenn eine Verordnung ausläuft, aber keine neue vom Landtag beschlossen wird, läuft die Gültigkeit der ausgelaufenen Verordnung weiter.

Hinweis Herr Gottsmanns: Alte Garagen sind für heutige Autos zu klein, werden deswegen nicht genutzt.

Meinung Herr Süllows: Der Antrag zielt auf Wohnungen. Nach eigenen Beobachtungen reichen 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit.

Erklärung zum Bauprojekt Industriestraße 14: Zur Zeit des Bauantrages keine reale Teilung des Grundstücks – die wurde allerdings anschließend noch vollzogen...

Meinung: Eine Verknappung von Parkraum in Erzhausen mit seiner immer noch suboptimalen ÖPNV-Anbindung ist kritisch zu sehen ist.

Herr Neumann für die CDU: Die Streichung Zi. 2.3 (mit Hinweis auf Zi. 7) wird von der CDU nicht unterstützt, weil dies zwei voneinander unabhängige Sachverhalte sind. Frau Gün schiebt ein, dass die Regelung zum Ziel hat, z.B. den Ausbau von Dachgeschossen nicht zu behindern.

Herr Neumann erklärt für die CDU, dass seine Fraktion die Erhöhung auf 2 Stellplätze pro Wohneinheit unterstützt, die anderen Vorschläge aber nicht.

Frau Gün (SPD) erinnert daran, dass es schon bei früheren Beratungen Gegenstand intensiver Diskussion war, dass viele Erzhäuser:innen ihr Auto nicht auf ihrem Grundstück parken, obwohl das zumindest früher einmal möglich war. Bei den Neubauten werden die Plätze satzungsgemäß angelegt und genutzt und reichen im wesentlichen aus.

Herr Gottsmann (<GfE>) entgegnet: Im Bensensee gibt es viele neue, große Garagen, die aber nicht genutzt werden. Die Autos werden in den kommenden Jahren aus Erzhausen nicht verschwinden. In Beratungen über Nachverdichtung und Mehrfamilienhäuser sind Stellplätze immer wieder ein kritisches Thema.

Auch Herr Endres (B'90/GRÜNE) sieht das Problem vor allem in den ungenutzten Stellplätzen und Garagen auf privaten Grundstücken.

Bezüglich der Festsetzung zur Ausrüstung von 10% der Stellplätze mit Stromanschlüssen wird klargestellt, dass gewöhnliche Haushaltssteckdosen gemeint sind.

Herr Süllo spricht für B'90/GRÜNE: Die Stellplatzsatzung muss eigentlich nicht geändert werden mit der Ausnahme der „E-Stellplätze“, die die Grünen prinzipiell begrüßen, über die aber noch Informationen beschafft und dann beraten werden müsste.

Bürgermeisterin Lange weist darauf hin, dass niemand ein Anrecht auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum hat. In der Hauptstraße wurde zur Verbesserung der Verkehrssituation Parkraum verknüpft, nach zunächst tiefen Einschnitten angepasst. Erstaunlicherweise haben die meisten Anwohner ihre Fahrzeuge tatsächlich auf ihren Grundstücken unterbringen können, zumal die Einfahrten nun nicht mehr zugeparkt wurden.

Herr Neuman spricht für die CDU: Für Einfamilienhäuser ändert der Antrag ohnehin nichts. Die Erhöhung auf 2,0 wird unterstützt. Er empfiehlt, heute noch kein Beschluss zu fassen, sondern noch einmal in die Fraktionen zu beraten.

Frau Gün nimmt Stellung für die SPD: Die Wohnflächenangaben werden im Antrag verändert; bei Mehrfamilienhäusern sind Tiefgaragen inzwischen üblich. Die beantragten Änderungen betreffen vor allem Mehrfamilienhäuser. Hier müsste eine saubere Regelung auch unter Einbeziehung gefangener Stellplätze geschaffen werden.

Herr Schnur (<GfE>) präzisiert, dass die beantragte Änderung nur große Wohneinheiten ab 105 m² Wohnfläche und Gebäude mit mehr als zwei Wohneinheiten betrifft.

Bei der Schaffung von Lademöglichkeiten hat der Antrag das Ziel, sie zur Pflicht zu machen („muss“ statt „soll“).

Beschluss:

Der Antrag verbleibt im Ausschuss, die <GfE>-Fraktion arbeitet noch einmal die wesentlichen Punkte heraus.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. Antrag der Fraktion <GfE> zum Freizeitgelände Drucksache VII/111

Achim Schnur übernimmt wieder den Vorsitz, eröffnet den TOP.

Herr Gottsmann (<GfE>) stellt den Antrag vor:

Das aktuelle FZG (Freizeitgelände, bestehend aus Skaterbahn, Basketballkorb und TT-Platte) wird wg. des KiTa-Neubaus in absehbarer Zeit wegfallen. Darum das Ansinnen, kurzfristig die existierenden Anlagen zzgl. des Soccerfeldes im Bereich des zukünftigen Freizeitgeländes (verfügbare Fläche) anzuordnen, damit keine Versorgungslücke entsteht.

Herr Endres, B'90/GRÜNE, meint: Die Anordnung dort, wo später das neue große FZG entstehen soll, ist ungünstig, behindert bei der freien Planung und Umsetzung des neuen FZG; eine spätere erneute Versetzung kostet erneut Geld und Zeit.

Frau Gügel, <GfE>, erwidert: Momentan ist nicht absehbar, wann das neue FZG entstehen wird. Warum können die Geräte nicht schon einmal aufgebaut und bei Bedarf später umplaciert werden? Es muss verhindert werden, dass die Jugend Erzhausems auf unbestimmte Zeit ohne Freizeitgelände auskommen muss.

Herr Neumann, CDU, meint: Die Anlage des vorgeschlagenen Provisoriums verringert die Notwendigkeit und Motivation, das neue große FZG umzusetzen. Eine neue Überplanung des neuen FZG kann doch jetzt schon in Gang gesetzt werden.

Herr Süllo, B'90/GRÜNE ergänzt: Z.Z. haben wir keinen Planer, der aber auch für die Interimslösung gebraucht würde – nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit und Haftung. Ein neuer Planungsprozess für das eigentliche FZG kann damit anfangen, zuerst die besprochenen Elemente einzubauen.

Bürgermeisterin Lange erinnert: Die frühere Planung des FZG zog sich über Jahre hin. Das Planungsbüro HKK hat schließlich endgültig abgesagt. Jetzt redet auch noch das KiJuPa mit. Ein Neuanfang wird länger dauern.

Planer sind ohnehin schwierig zu finden, und in Erzhausen hat das FZG auch noch nicht die oberste Priorität. (Fördermittel stehen für andere Projekte ins Haus und müssen rechtzeitig verwendet werden.) Das volle neue FZG wird auf jeden Fall länger auf sich warten lassen. Die vorhandenen Einrichtungen nur zu versetzen, überbrückt eine jahrelange Versorgungslücke.

Frau Gün, SPD, ergänzt: Wenn eine Planung erst ausgeschrieben werden muss, dauert es auch schon wieder etliche Monate länger.

Bürgermeisterin Lange präzisiert: Das Provisorium ließe sich kurzfristig angehen. Die große Planung des vollen FZG kann frühestens nach der geförderten Maßnahme am Bahnhof in Angriff genommen werden.

In der weiteren Beratung werden verschiedene Vorschläge zum weiteren Procedere angesprochen und erwogen. Dabei wird u.a. die Frage aufgeworfen, in welchem finanziellen Rahmen sich die Provisoriumslösung bewegen würde.

Der Tagesordnungspunkt wird schließlich ohne Beschluss geschlossen mit der Bitte des Ausschusses an den Gemeindevorstand, er möge mitteilen, mit welcher Priorität und Geschwindigkeit für die Gesamtplanung ein Planer gesucht werden kann.

Somit verbleibt der Vorgang im Ausschuss.

5. Förderung von Stecker-Solar Anlagen "Balkonkraftwerke" -für private Haushalte und Mieter -Antrag der SPD-Fraktion- Drucksache VII/78

Herr Schneider, SPD, berichtet:

Die SPD-Fraktion hat einen Aufruf zu Meldungen aus der Bevölkerung im Erzhäuser Anzeiger veröffentlicht, ein analoger Artikel ist heute auch im Darmstädter Echo erschienen.

Über den Sommer hofft man auf Rückmeldungen aus der Bevölkerung.

Der Vorgang möge im Ausschuss verbleiben und im Herbst wieder aufgenommen werden.

Der Vorsitzende schließt damit den TOP ohne weiteren Beschluss, der Vorgang verbleibt im Ausschuss.

6. Mitteilungen und Anfragen

Frau Gün, SPD, fragt nach: Wird Herr Heitkamp (Planungsgruppe Darmstadt) in der Sitzung am 20.6. über Möglichkeiten für neue B-Pläne im Innenbereich berichten, wie auch über Vorschläge zur Überarbeitung des Flächennutzungsplans? Nach der letzten Sitzung der Gemeindevertretung schien Konsens aller Fraktionen zu herrschen, dass der FNP überarbeitet werden muss und die Anwendung von §34 BauGB im Innenbereich durch die Aufstellung von B-Plänen vermieden werden soll.

Frau Gün bietet an, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu entwerfen.

<GfE>, CDU und B'90/GRÜNE begrüßen den Vorschlag und das Angebot.

Frau Gün stellt in Aussicht, basierend auf alten Beschlüssen (sowohl zum FNP als auch zur Entwicklung im Innenraum) einen Formulierungsvorschlag auszuarbeiten.

Herr Süllow, B'90/GRÜNE teilt mit, dass Florian Heidenreich aus Erzhausen wegzieht, deswegen in der Fraktion durch Steffen Greb abgelöst wird.

Bürgermeisterin Lange berichtet, dass das Projekt DaDiLiner sich verzögert. Das Fahrzeug kann erst im Februar geliefert werden. (Es wird übrigens auch teurer werden; der Gemeindevorstand hat aber einer Erhöhung der finanziellen Beteiligung Erzhausen erst einmal nicht zugestimmt, unter Hinweis auf das Fehlen eines notwendigen Beschlusses der Gemeindevertretung für eine weitere Finanzierung.)

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden für die erfolgreiche Sitzung, die er damit um 22:43 Uhr schließt.

Für die Ausfertigung:

Achim Schnur
Stellv. Ausschussvorsitzender

Schriftführer
Dr. Jochen Schütze